Grafik des Monats November 2024





Datenbasis: Vertragsärztliche Abrechnungsdaten 2012-2023. N = 3.546.526. Eine vollständige Impfserie beinhaltet min. 2 Impfdosen (Epidemiologisches Bulletin 4/2024).

Grafik des Monats > November 2024

50 Prozent der Mädchen und 30 Prozent der Jungen im Kinder- und Jugendalter bis 14 Jahren vollständig gegen Humane Papillomviren (HPV) geimpft // HPV- Impfquoten variieren stark zwischen Ost- und Süddeutschland // "Intensive ärztliche Aufklärung begegnet verbreiteter Impfmüdigkeit nach Corona – Impflücke schließt sich nur langsam"

Von den im Jahr 2009 geborenen gesetzlich Versicherten im Alter von 14 Jahren sind 49,5 Prozent der Mädchen und 30,6 Prozent der Jungen vollständig gegen Humane Papillomviren (HPV) geimpft. 62,4 Prozent der Mädchen und 42,2 Prozent der Jungen haben mindestens eine Impfung erhalten. In den Geburtskohorten 2003 bis 2007 stieg die Quote vollständig geimpfter 14-jähriger Mädchen (14-jährig in den Jahren 2017 bis 2021) an. Bei 14-jährigen Mädchen der Geburtsjahre 2008 und 2009 zeigen die vertragsärztlichen Abrechnungsdaten keine weitere Steigerung des vollständigen Impfstatus. Bedingt durch die spätere Impfempfehlung seit Juni 2018 ist bei Jungen erst für 2005 Geborene, die 2019 14 Jahre alt werden, eine substanzielle Impfquote zu beobachten. Sie steigt seitdem kontinuierlich an, erreicht aber noch nicht das Niveau der Impfquote bei Mädchen.

Zwischen den Bundesländern variiert die vollständige Impfquote der im Jahr 2009 geborenen 14-jährigen Mädchen sehr stark: Sie liegt zwischen 67,6 Prozent in Sachsen-Anhalt und 36,6 Prozent in Baden-Württemberg. Bei den Jungen liegen die entsprechenden Werte bei 49,5 bzw. 20 Prozent. Im Saalekreis, der Börde und im Jerichower Land sind mit 73,3 bis 72,7 Prozent die höchsten und in den Kreisen Mühldorf am Inn, Schwäbisch-Hall und Tuttlingen mit 24,4 bis 26 Prozent die niedrigsten vollständigen Impfquoten dieser Personengruppe zu beobachten.

Das sind das zentralen Ergebnisse einer aktuellen Auswertung der vertragsärztlichen Abrechnungsdaten für den Zeitraum 2012 bis 2023, die das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) heute veröffentlicht hat.

"Nach wie vor gehören Humane Papillomviren zu den Erregern, die in der breiten Bevölkerung eher unbekannt sind. Leider sind daher noch immer viel zu wenige Mädchen und Jungen gegen dieses Virus geimpft. Und dies, obwohl die HPV-Impfung einen wichtigen Schutz vor späteren Krebserkrankungen nach entsprechenden Infektionen bietet. Der Europäische Plan zur Krebsbekämpfung gibt das Ziel vor, bis 2030 bei den Mädchen eine HPV-Impfquote von 90 Prozent zu erreichen und deutlich mehr Jungen zu impfen. Mit lediglich 50 Prozent liegt Deutschland hier deutlich unter der Zielmarke. Die von uns aktuell analysierten Daten zeigen zudem, dass die Impfquoten in den letzten beiden Jahren nach Corona bei den Mädchen nicht weiter zugenommen haben", sagte der Zi-Vorstandsvorsitzende Dr. Dominik von Stillfried.

Auch andere Impfquoten seien nach der Covid-19-Pandemie rückläufig, so von Stillfried weiter. "So lag etwa die Influenza-Impfquote bei Personen ab 60 Jahren in den Jahren 2020 und 2021 erstmals bei über 40 Prozent. In den postpandemischen Jahren 2022 und 2023 sank diese Quote jedoch wieder deutlich auf knapp 36 Prozent ab. Von dem Ziel einer Impfquote von 75 Prozent ist Deutschland leider auch hier weit entfernt. Einer allgemein zu beobachtenden Impfmüdigkeit nach Corona begegnen die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte durch eine verstärkte medizinische Aufklärungsarbeit. Damit tragen sie maßgeblich dazu bei, dass sich zumindest die HPV-Impflücke bei den Jungen langsam zu schließen beginnt."

Humane Papillomviren zählen zu den häufigsten durch Intimkontakte übertragenen Viren. Die meisten sexuell aktiven Menschen infizieren sich mindestens einmal im Leben mit HPV. HPV-Infektionen verlaufen in den meisten Fällen ohne Symptome und sind nach ein bis zwei Jahren nicht mehr nachweisbar. Es gibt jedoch auch persistierende HPV-Infektionen, die Krebs verursachen können. Bei Frauen dominiert das Zervixkarzinom (Gebärmutterhalskrebs), das zu nahezu 100 Prozent durch HPV verursacht wird. Etwa 10 Prozent der HPV-Infektionen an der Zervix der Frau führen zu Krebsvorstufen, die sich unbehandelt zu Zervixkarzinomen entwickeln können. Insgesamt erkranken laut Krebsregisterdaten in Deutschland jedes Jahr etwa 6.250 Frauen und ca. 1.600 Männer an Krebs, der durch HPV-Infektionen bedingt ist. Außer am Gebärmutterhals kann der Krebs im Bereich der Vagina, der Vulva, des Penis, des Anus oder im Mund-Rachen-Bereich auftreten.

HPV-Impfstoffe schützen nahezu vollständig vor einer Infektion mit den in den Impfstoffen enthaltenen HPV-Typen. Sie können damit entscheidend zur Krebsprävention beitragen. Die Ständige Impfkommission (STIKO) empfiehlt die Impfung gegen HPV seit 2007 für Mädchen und seit Juni 2018 auch für Jungen. Die HPV-Impfung sollte idealerweise vor Aufnahme erster sexueller Kontakte erfolgen. Die STIKO empfiehlt zwei Impfungen im Alter von 9 bis 14 Jahren. Ist die Impfung nicht bis zum Alter von 14 Jahren vorgenommen worden, sollte diese noch bis zum Alter von 17 Jahren nachgeholt und um eine dritte Impfung ergänzt werden.

Bildunterschrift:

Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi): Bundesweite Quote der Impfungen gegen Humane Papillomviren (HPV) unter gesetzlich versicherten 9-14-Jährigen der Geburtsjahrgänge 2003-2009 (differenziert nach Impfstatus und Geschlecht)

Datenbasis:

Vertragsärztliche Abrechnungsdaten 2012 bis 2023

Weitere Informationen:

Daniel Wosnitzka Leiter Stabstelle Kommunikation / Pressesprecher T. +49 30 2200 56 149 M. +49 177 852 0204 presse@zi.de

Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (Zi) ist das Forschungsinstitut der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung in der Rechtsform einer Stiftung des bürgerlichen Rechts. Es wird finanziert durch jährliche Zuwendungen der Kassenärztlichen Vereinigungen. Die Forschungsarbeiten und Studien des Zentralinstituts beschäftigen sich vorwiegend mit der vertragsärztlichen Versorgung unter Nutzung der von den Trägern dafür zur Verfügung gestellten Routinedaten.